

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliastr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorstehenden einzuliefern. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei 13 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3,- M. Expedition und Druck von Joh. van den Krefeld, Luth. Kirchstr. 66. Fernsprech-Nr. 1368. VERLAGSSTELLE

Nr. 45.

Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf.

Düsseldorf, den 6. November 1909.

Fernsprech-Nummer 4423.

11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Gewerkschaft und Kultur. — Die Kritik der Versicherungsordnung. — Die Vertrauensmänner. — Die Rentabilität der deutschen Aktiengesellschaften. — Familienkonflikte: Schützt eure Kinder! — Aus dem Gewerkschaftsleben: Lohnbewegungen und Arbeitsfreilichkeiten: Kautenbach-Bell (Ober-Elsch). — Aus dem Wuppertale. — Aus unsern Bezirken: Bezirk Thüringen-Sachsen-Brandenburg. — Berichte aus den Ortsgruppen: Epe. — Erfenbach. — Eupen. — Forst (Aussch.). — Glanerbrug (Holland). — St. Lönis. — Wiesen. — Gewerkschaftliches: Aus unsern Verbänden: „Christliches Abend“. — Eine Sitzung des Ausschusses des Gesamtverbandes. — Die wirtschaftliche Lage der deutschen Eisenbahnhandwerker und Arbeiter. — Aus gegnerischen Organisationen: Wie es in den Köpfen der Berliner spukt. — „Freie“ Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei. — Aus der ausländischen Arbeiterbewegung: Die christlichen Gewerkschaften Österreichs im Jahre 1908. — Allgemeine Rundschau: Soziale Wahlen: Ortskassenwahlen in Bochum. — Die Wahlen der Vertreter zu der Generalversammlung der „Allgemeinen Ortskassenkassen“ in Dallen. — Soziale Rechtsprechung: Wann trifft den Geschäftsherrn ein Verschulden bei mangelhafter Beleuchtung von Arbeitsstätten? — Briefkasten. — Berichtsammlungs-Kalender. — Anzeigen. — Literarisches.

Gewerkschaft und Kultur.

Es ist ein oft und eingehend behandeltes Thema, welches mit der vorstehenden Ueberschrift eingeleitet wird. Es ist aber auch ein solches, das immer wieder — wenn auch nur mit wenigen Worten — in den Vordergrund gestellt werden muß, damit sich die Gewerkschaftler im Ringen des Alltags stets klar darüber sind, daß sie festen Boden unter den Füßen haben und ihre Schweißtropfen um einer Sache willen perlen, die im besten Sinne des Wortes des Schweißes der Edlen wert ist. Wenn hinter uns die Welt allein mit den großen Schildern der Klassen aller Art verperert sein sollte, wenn unser Horizont durch die Linie einiger Pfennige Lohn-erhöhung auf der einen und diejenige einer Stunde Arbeitszeit-Verkürzung auf der anderen Seite abgegrenzt sein sollte — wäre es traurig um uns bestellt und wir könnten uns nach Spießrath hinter den anscheinend warmen Ofen der Selbstgenügsamkeit zurückziehen. So ist es aber, Gott sei Dank! nicht. Von allen Seiten fühlen wir das erfrischende Wehen der Zeit um uns, nicht nur, wenn wir um materielle Vorteile ringen, sondern auch in jeder anderen Zeit und bei jeder Tätigkeit unseres Lebens. Jeden Augenblick gilt es, gegenüber den Tausenden von Fragen, die der Zeitstrom heranträgt, Stellung zu ergreifen und seine Gesinnung zu bekennen, frei und offen, ohne Schen und — möglichst — ohne Leidenschaft.

„Es gilt für eine Gewerkschaftsbewegung, glaube ich, das Wort, das auch für die Einzelseele gilt, daß der Mensch nicht allein vom Brote lebt. So lebt eine Gewerkschaft nicht allein von ihren Kassen, sondern von großen treibenden sittlichen Gedanken.“ So liest Schneemelcher auf dem Evangelisch-sozialen Kongress zu Heilbronn. Die Praxis beweist, daß der Schatz in erster Linie für die christlichen Gewerkschaften Geltung hat und die Praxis, die Sprache der aufrichtigen Tatsachen war es auch, die auf dem gleichen Kongress selbst einem so eingetragenen Gegner der christl. Gewerkschaften, wie es Viz. Traub von Dortmund ist, das Gesändnis ablockte: „Es sei anerkannt, mit welcher Kraft und Opferwilligkeit, mit welcher Begeisterung und Frische in christlichen Gewerkschaftskreisen gearbeitet wird. Hier gibt es tüchtige und gewandte Führer, die ihre Sache ernst meinen, und vorwärtsstrebende Kräfte, die ihren Führern im selbstverständlichen Einverständnis folgen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat sich zu einer beachtenswerten Macht in kurzer Zeit entwickelt, und wenn ihre Ausbreitungsgebiete sich auch verengen mag, sie bleibt eine Macht mit der man rechnen.“ Es mühten doch wohl, so sagt treffend der „Deutsche Arbeiter“, „große treibende sittliche Gedanken“ sein, die die Führer der christlichen Gewerkschaften ermutigten, mit ihren Anhängern sich dem materiell gerichteten Geiste der Zeit entgegenzustellen und sich bewußt der heftigsten Bekämpfung durch eine starke Bewegung im Lager der eigenen Klassenangehörigen auszuweisen. „Führer, die ihre Sache ernst meinen.“ Es waren das Leute, die die Gestaltung der Dinge in ihnen und um sie herum der willkürlichen Gestaltung des bloßen Zufalls entzogen und die Entwicklung in bestimmte Bahnen lenkten, wie es der in heiligem Bemühen gewonnenen Lebensauffassung entsprach. Und darin liegt nach unserm Dafürhalten der wesentliche kulturelle Wert der Gewerkschaften, daß sie den Massen überhaupt erst eine Lebensauffassung anzuerkennen lassen. Nun wird sich der Einzelne erst bewußt, daß er denn doch nicht bloß in dieses Leben hineingeworfen ist, um es in dumpfem Stillsitzen an sich vorüberziehen zu lassen; er lernt einsehen, daß auch er selbst dabei mitzuwirken und seine gewerkschaftliche

Erziehung, die ihm durch das Klassenbewußtsein zugleich auch Selbstbewußtsein einflößt, gibt ihm den Mut, an der Ausgestaltung seines Daseins seiner neu gewonnenen Auffassung über Rechte und Pflichten nunmehr selbst mitzuarbeiten.

Von diesem Standpunkte aus zeigt sich der im Grunde genommen zwischen Gewerkschaft und Sozialdemokratie bestehende Gegensatz von seiner markantesten Seite her. Die Sozialdemokratie ist bekanntlich die Partei, wie der von ihr vertretene Sozialismus die Lehre ist, die als Anhängerin der materialistischen Geschichtsauffassung die Allmacht der Geschäfte in den Vordergrund stellt, denen sich die Personen nicht zu entziehen vermögen. Ein dumpfer Fanatismus, der alles als Folge der Entwicklung resigniert aufnimmt, müßte die logische Konsequenz davon sein. Wie aber kann sich mit einer solchen Auffassung die Gewerkschaftsidee vertragen, die doch die Verhältnisse und die Entwicklung zugunsten der Arbeiter umzugestalten versucht? Es ist ein offener Widerspruch. In diesem Zusammenhang war für uns die jüngste Kontroverse zwischen Kaughy und dem „Korrespondenzblatt der General-Kommission“ interessant, zu deren Schluß — sie betraf die amerikanischen Gewerkschaften und insbesondere die Stellungnahme von Compers — das Korrespondenzblatt seiner Verwunderung Ausdruck darüber gab, daß Kaughy, der extremste Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung, dem einen Samuel Compers soviel Macht zuschrieb, daß er die „Beherrschung“ der amerikanischen Gewerkschaften zum Sozialismus mit Erfolg verhindern könne. — Es tut not, die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften auch in dem vorstehend dargelegten Sinne hin und wieder einmal zu überdenken. Unseren Kollegen wird es ein weiterer Beweis sein von der hervorragenden Bedeutung, insbesondere der christlichen Gewerkschaften. Das, diese Wahrnehmung, stärkt in der Abwehr der sozialistischen Angriffe, die ja heute hagelnd auf uns hernieder-sausen.

Die Kritik der Versicherungsordnung.

II.

Noch einige Worte zu dem Einwand der Verteuerung und Bureautisierung des Rentenversicherungsverfahrens. Wie soll denn das Recht des Versicherungsamtes gestaltet werden?

Es soll nach Entgegennahme der Unfallanzeige den Unfall untersuchen und die Ansprüche des Verletzten prüfen, genau wie es heute die Genossenschaft tut. Dann sagt es der Genossenschaft unter Ueberwindung der Älten, ob und wie hoch sie nach Ermessen des Versicherungsamtes den Unfall zu entschädigen habe. Die Genossenschaft erteilt dann, wie bisher, den berufungs-fähigen Bescheid an den Rentenbewerber; will sie dabei von dem Vorschlage des Versicherungsamtes abweichen, dann muß sie die Gründe dafür angeben nebst dem Vorschlage des Versicherungsamtes. Die Genossenschaft behält somit das bisherige instanzliche Entscheidungsrecht — nur soll das instanzliche Entscheidungsrecht der Genossenschaft bei einer eventl. Neu-festsetzung der Rente nach der ersten definitiven Festsetzung ganz beseitigt werden, was bisher erst nach Verlauf von fünf Jahren nach der ersten rechtskräftigen Rentenfestsetzung geschah —; es wird dem Versicherungsamt, zusammengesetzt aus Arbeitgeber und Arbeitern zu gleichen Teilen, unter Vorsitz eines Beamten, nur die Vorbereitung des Rentenbescheides und ein Vorschlagsrecht übertragen. Wahrscheinlich kein zu großer Eingriff in die Ausnahmeherrschaft der Genossenschaften und Versicherungsanstalten; denn auch für die Invalidenversicherungs-Anträge usw. gilt das Dargelegte. Die Kosten der Prüfung der Rentenansprüche werden durch dies Verfahren somit doch nicht größer! Oder aber die Gewerkschaften setzen voraus, daß die Prüfung der Rentenansprüche durch eine objektive Behörde nicht so unparteilich geschehen würde wie durch sie selbst als Partei, so daß sie, wie bisher, die Anträge der Rentenbewerber prüfen müßten, was doppelte Kosten erheischte. In demselben Augenblicke aber verlangten sie von den Arbeitern, daß sie der Objektivität einer Partei mehr Vertrauen entgegenbringen sollen als sie selbst (die Genossenschaften) einer unparteiischen Instanz. Das wäre in der Tat ein merkwürdiges Verlangen. Und warum soll eine aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzte Behörde bürokratischer verfahren als die einseitig aus Arbeitgebern zusammengesetzte Instanz? Und wieder, fragen wir weiter, soll das Rentenverfahren verlangsamt werden? Allzu große Schnelligkeit zeigten hierin die Genossenschaften doch bisher auch nicht. Darüber könnte man ganze Bände schreiben. Wenn die Genossenschaften in die Objektivität des Verfahrens der Versicherungsämter und deren Rentenentscheidungen das gleiche Vertrauen setzen, was sie von den Rentenbewerbern in ihre eigene Partei-Objektivität erwarten, dann können sie sich ja schließlich dem Rentenentscheidungen des Versicherungsamtes anschließen und in der nächsten Genossenschaftsversammlung einen dementsprechend bezugsfähigen Rentenbescheid erteilen. Wir sind überzeugt, daß diese dann weniger Anfechtungen durch den Verletzten erfahren, weil er weiß, daß

eine wirklich objektive Behörde den Rentenentscheidungen gemacht hat, in welcher seine Vertrauensmänner mitwirkten. Der Verletzte kommt dann auch so viel schneller zur Ruhe, was einer schnelleren Besserung seines Zustandes nur förderlich sein könnte; das liegt doch im materiellen Interesse der Genossenschaften.

Wenn mit der vorgesehene Regelung des Rentenversicherungsverfahrens die Arbeiter nicht zufrieden sind, dann ist das eher zu verstehen. Denn auch bei den für die Versicherungsämter vorgesehene Kompetenzen sind sie gegenüber den Verletzten im übrigen bürgerlichen Leben noch immer im Nachteil. Vom christlichen Gewerkschaftskongress sind denn auch eine Anzahl Verbesserungsvorschläge in den angenommenen Leitsätzen gemacht worden, die die Objektivität des Verfahrens in weiterem Umfange sichern wollen. Näher an dieser Stelle darauf einzugehen, verbietet uns der Raum.

Von arbeiterfreundlichen, mit dem Versicherungs-wesen vertrauten Persönlichkeiten ist der Vorschlag gemacht worden, den Versicherungsämtern nur die Aufgaben im Rentenversicherungsverfahren zu übertragen, wie sie heute die Polizeibehörden usw. besitzen, die den Versicherungsträgern gewissermaßen nur als Handlanger zu dienen haben. Den Versicherungsträgern (Genossenschaften und Versicherungsanstalten) sollte die Vorbereitung der Rentenentscheidung in bisherigem Umfange belassen bleiben; die Entscheidung selbst über die Ansprüche der Rentenbewerber solle hingegen einem paritätischen Entscheidungsausschusse der Berufsgenossenschaft vorbehalten bleiben. Auf diese Weise verschaffe man den Vertretern der Versicherten von vornherein ein Entscheidungsrecht.

Ein paritätischer Entscheidungsausschuss stehe sich aber doch nur dadurch erzielen, wenn den zu gleichen Teilen vertretenen Arbeitgebern und Versicherten eine unparteiische Persönlichkeit als Vorsitzender beigegeben würde, der bei Stimmengleichheit den Ausschlag zu geben hätte. Sollte der unparteiische Vorsitzende nicht wieder ein Beamter sein, dann doch eine den beiden Seiten fernstehende Persönlichkeit im Ehrenamte. Ob deren aber genug zu finden wären, da doch ihre Auswahl sehr beschränkt wäre, ist doch billig zu bezweifeln. Der Rentenbewerber bliebe bei dieser Regelung gegenüber dem Versicherungsträger aber immer deshalb im Nachteil, weil letzterer die Entscheidungen des Entscheidungsausschusses dadurch beeinflussen kann, daß er selbst die Unterlagen zur Rentenfestsetzung beschafft. Was das aber zu bedeuten hat, haben wir bereits dargelegt. Das Wichtigste in der besprochenen Reformfrage ist unseres Erachtens eben die Beschaffung des Materials für die Rentenfestsetzung durch eine unparteiische Instanz, bei der die Einwände des Verletzten die gebührende Beachtung finden.

b) Die Rechtsteilung in den Krankenkassen.

Interessant ist in dieser Frage die Stellung des Unternehmertums. Während die industriellen Körperschaften, die vornehmlich von den Großindustriellen beherrscht werden, sich für die Halbierung der Beiträge und des Stimmrechtes in den Organen der Krankenkassen ausgesprochen haben, sind die kleinen Unternehmer zum großen Teile aus den verschiedensten Gründen dagegen. Ein Teil sagt mit Recht, die Halbierung würde uns die Bureautik in der Verwaltung der Kassen auf den Hals laden. Denn über den Vorsitzenden würde sich, wenn Unternehmer und Versicherte in den Organen der Kassen gleich stark wären, selten eine Einigung erzielen lassen; dann aber käme der von der Behörde ernannte Vorsitzende. Stimmungsmeister haben nun den naiven Vorschlag gemacht, sie würden die Halbierung schließlich annehmen, wenn der Vorsitzende unter allen Umständen ein Arbeitgeber wäre. Das würde den Unternehmern die Majorität in den Kassen sichern, trotzdem sie nur die Hälfte der Beiträge leisteten; denn eine ungrabe Zahl müßten Vorstand und Ausschuss der Kasse bei der Halbierung durch haben, damit bei Stimmengleichheit der Ausschlag gegeben werden könnte. Der Ausschlaggebende wäre dann der Arbeitgebervorsitzende. Einen solch lächerlichen Vorschlag können wirklich nur Stimmungsmeister machen, deren Geschäftskreis leider vielfach nicht weiter geht wie ihre Nasenspitze. Ein kleiner Teil der Arbeitgeber stellt sich auf den vernünftigen Standpunkt, gerade die Krankenkassen bedürften, sollten sie bei möglichst niedrigen Beiträgen die größtmöglichen Leistungen innerhalb des gesetzlichen Rahmens gewährleisten, der frühzeitigen Initiative (Tatkraft) der Versicherten. Brächten diese, wie bisher, 1/2 der Beiträge auf, dann würden sie auch weiterhin haus-hälterisch wirtschaften, zumal ihnen ja die Verantwortung zuziele bei Zweidrittel-Majorität. Das läge aber sowohl im idealen wie materiellen Interesse der Unternehmer. Diese Unternehmergruppe stellt sich also auf den Standpunkt ihrer Standesgenossen, die im Oktober vorigen Jahres im Reichsamt des Innern über die Versicherungsordnung gehört worden sind. Die Wünsche der Krankenkassen zu pünftlichen Zwecken, wie sie aus Seiten der Sozialdemokratie zu verzeichnen sind, stehen sich, meint letztere Unternehmergruppe, auch auf anderem Wege beseitigen. Ganz recht, die Versicherungsordnung zeigt ja auch diese Wege. Auf dem Kölner christlichen Gewerkschaftskongress sind sie in das Licht der Öffentlichkeit gerückt worden. Nichtsdestoweniger aber will, wie es heißt, der Bundesrat an der Halbierung der Beiträge und des Stimmrechtes festhalten. Damit würde er die Anpassung einiger Bestimmungen bestärken, es liegt ihm nicht mehr soviel an dem Rückkommen der Versicherungsordnung. Mit der Hal-

berung wolle er selbst dem Versicherungsschifflein eine nicht zu umschiffende Klippe in das Fahrwasser setzen, an dem es dann zerbrechen werde. Die Regierung habe aber durch ihre Vorlage die Ankündigung des Grafen v. Posadowsky als feierlichem Staatssekretär erfüllt und könne ihre Hände in Unschuld waschen. Sie würde dann einige Milliarden an den bestehenden Versicherungsgesetzen vornehmen und die Hinterbliebenenversicherung in das bestehende Invalidenversicherungsgesetz hineinarbeiten lassen. Das, wie gesagt, listet man sich heute schon zu. Der Bundesrat würde, das wissen wir bestimmt, gewissen linkspartheilichen Elementen damit einen Gefallen erweisen — Elementen, die zwar nicht für die Halbierung sich auszusprechen die Mut haben, mit der Versicherungsordnung aber nicht einverstanden sind, vielmehr erst eine Reform der bestehenden Versicherungsgeetze, vor allem des Krankentafelgesetzes, in ihrem Sinne wünschen.

Die Meinung der Arbeiterschaft ist bekannt. Legt die Regierung Gewicht auf ihre Stimme, dann weiß sie, was sie zu tun hat. Wenn nicht, dann mag sie die Folgen tragen.

Der Vertrauensmann.

Der Vertrauensmänner-Posten ist der wichtigste in der ganzen Arbeiterbewegung. Darum ist in der Auswahl der Vertrauensmänner die größte Vorsicht walten zu lassen. Eine Hauptaufgabe der führenden Kollegen ist es, sich zeitig eine genaue Kenntnis der Charaktereigenschaften der einzelnen Mitglieder anzueignen. In manchen Kollegen schlummern gewerkschaftlich agitatorische Kräfte, welche nur geweckt zu werden brauchen. Diese Kräfte zu entdecken, ist die Vorbedingung für eine glückliche Vertrauensmännerwahl. Leider ist bei den meisten Mitgliedern eine Abneigung gegen die Uebernahme eines Postens vorhanden. In den Versammlungen muß dann mit der Person vorlieb genommen werden, welche man mit Fleiß und Kraft zur Annahme bereitet hat, ganz einseitig, ob sie das Zeug dazu hat oder nicht. Es ist daher bei jeder Wahl eines Vertrauensmannes bringend anzuraten, daß der Vorsitzende sich vorher mit dem ihm geeignet erscheinenden Mitgliede verständigt, sich seine Zulage sichert und diesen dann in der Versammlung vorschlägt. Dazu ist es dann aber, wie schon oben gesagt, notwendig, daß er eine genaue Kenntnis der Charaktereigenschaften der Mitglieder besitzt. Es wird dadurch verhütet, daß ungeeignete Personen gewählt werden, die den Erwartungen der Mitglieder nicht entsprechen, ihren Posten nicht ausfüllen oder auch nicht ausfüllen können, und so statt zum Fortkommen zum Rückgang der Zahlstellen beitragen. Bei einem guten Vertrauensmann müssen sich folgende Eigenschaften vorfinden:

Neger Eier für die gute Sache.

Wenn wir vorhin schon sagten, daß der Vertrauensmann die wichtigste Person sei, so müssen wir hinzufügen, daß er auch die schwerste Opfer zu bringen hat, und nur derjenige Kollege, welchem Arbeitslust, Arbeitsfreude und Opferfreude innewohnt, wird auf die Dauer diesen Posten vollständig ausfüllen. Jede Zeit und Gelegenheit muß er freudig ergreifen, um im Interesse seiner Berufsgenossen zu wirken. Derjenige, welcher nur das tut, wozu er statutenmäßig strikte verpflichtet ist, wird nicht das Prädikat „eifrig“ verdienen, und sein Ziel wird sich bei dieser automatischen Arbeitsleistung kaum haben. Er muß sich bewußt sein, daß er nicht nur für die Stunden, wo er notwendig verpflichtet ist, die „Textilarbeiter-Zeitung“ zu verteilen und die Beiträge einzusammeln, von den Mitgliedern als der Mann ihres Vertrauens gewählt ist, sondern daß er jede Minute ausnützen muß, um seinem Namen Ehre zu machen.

Pünktlichkeit.

Sehr oft hört man von den Mitgliedern klagen, daß sie das Organ unregelmäßig erhielten und daß die Beiträge nicht pünktlich abgeholt würden. Diese Nachlässigkeit kann nicht schief genug gerügt werden. Der Vertrauensmann muß es als seine strenge Pflicht ansehen, jedem Mitgliede unser Verbandsorgan so bald wie möglich zu überbringen. Ebenso notwendig ist das pünktliche Einkassieren der Beiträge. Manches Mitglied kommt deshalb in Rückstand mit seinen Beiträgen, weil der Vertrauensmann nicht pünktlich seines Amtes waltet. Zunächst muß die geeignetste Zeit zur Beitragsverhebung immer regelmäßig benützt werden.

Wird dann der eine oder andere Kollege nicht angetroffen oder der Beitrag aus anderen Gründen nicht gleich entrichtet, so darf mit dem Nahmen nicht bis zur nächsten Woche, wie das oft geschieht, gewartet werden, sondern es bald wie möglich muß ein zweites Mal vorgeprochen werden. Wenn die Mitglieder wissen, daß der Vertrauensmann auf pünktlicher Zahlung besteht, werden sie sich schnell daran gewöhnen und das Meistern der Beiträge wird in solchen Bezirken zu den Seltenheiten gehören. Die Unpünktlichkeit des Vertrauensmannes aber wird sich schnell auf die Mitglieder übertragen haben.

Schönung und Zerknirschung.

Der Vertrauensmann ist gleichsam der wandernde Apostel in der Zahlreihe. Er steht mit den einzelnen Mitgliedern in engerer Verbindung. Nicht oft wird er da Gelegenheit haben, sich mit diesen und auch mit anderen Familienangehörigen über die verschiedensten Gebiete zu unterhalten, manche Fragen zu be-

zu unterwerfen, nur um sich bei einer Verhandlung von den Fabrikanten lassen zu lassen, daß an dem reduzierten Tarif festgehalten wird. Das hätten wir schon früher und billiger haben können. Zu Verhandlungen waren und sind die Gehilfen jederzeit bereit; halten die Fabrikanten aber an ihrem Standpunkt fest, so dürfte eine Verständigung nicht so bald möglich sein.

Aus unsern Bezirken.

Bezirk Thüringen-Sachsen-Brandenburg. Bericht über die Bezirkskonferenzen. Wie schon früher, so fanden auch in diesem Jahre wieder drei Konferenzen für unseren Bezirk statt und zwar am 5. Sept. in Greiz für den Gau Vogtland, am 12. September in Bittau für den Gau Oberlausitz und am 26. September in Forst für den Gau Niederlausitz.

Sämtliche Ortsgruppen, mit Ausnahme von Eilenburg und Reichenau, waren durch Delegierte, sowie durch Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute auf den Konferenzen vertreten. Vom Zentralvorstande wohnte der Kollege Jakob Betsch der Konferenz in Bittau und der Kollege Schiffer der Konferenz in Forst bei.

Den Geschäftsbericht vom 1. Juli 1908 bis dahin 1909 erstattete der Bezirksleiter Kollege Wännele-Greiz. Aus dem Bericht ging hervor, daß in 1909 die wirtschaftliche Krise zwar langsam gewichen ist, doch ist der Beschäftigungsgrad von 1908/07 noch nicht wieder erreicht. Das zeigt sich u. a. auch darin, daß in einigen Ortsgruppen bis ins III. Quartal 1909 hinein eine größere Anzahl Arbeitslose zu verzeichnen war.

Entsprechend der gedrückten Lage im Berichtsjahre konnten auch nur wenig Lohnbewegungen geführt werden. Im August 1908 konnten unsere Mitglieder bei der Firma Riese u. Häbler in Großschönau einige Verschlechterungen hintanhalten. Erreicht wurde noch die Einführung eines Arbeiterausweises und einer Lohn-tabelle; auch das Andrehen wird weiterbejagt.

Im Oktober 1908 kam auch die schon seit 1907 battierende Tarifbewegung in Münchenbernsdorf zu einem gewissen Abschluß. Mit einigen Firmen wurden Tarife vereinbart, die den Arbeitern zum Teil Lohnvermehrungen von 3-4 M. pro Woche brachten. Die erzielte Verkürzung der Arbeitszeit beträgt 3 1/2 Stunden wöchentlich, jedoch ist der Beschäftigungsgrad nicht erreicht. Die Uneinigkeit im Fabrikantenverband selbst hat es aber verhindert, daß ein einheitlicher Tarif für ganz Münchenbernsdorf zu Stande kam. Die Bewegung wurde gegen ihre Ende mit dem „deutschen“ Verbande gemeinsam geführt. Leider hat eine Anzahl Arbeiter bald nach der Bewegung die Organisation wieder verlassen.

Ende Juni und Anfang Juli 1909 mußten auch in Forst einige kleinere Bewegungen geführt werden. Bei der Firma G. Neuman wurden gemeinsam mit dem „deutschen“ Verband nach kurzem Auslande erhebliche Lohnvermehrungen abgewirkt.

In Schöngerswalde verurteilte die Fabrikleitung im Laufe d. 3. d. das Beschäftigungssystem einzuführen, was aber unsere Kollegen dort bisher erfolgreich verhindert haben.

Die gestiegenen Bewegungen haben gezeigt, daß dort, wo die Belegschaften einigermaßen gut organisiert sind, es auch in Krisenzeiten möglich ist, die von den Arbeitgebern geplanten Verschlechterungen abzuwehren und die Wirkungen der Krisen zu mildern.

Ein besonderer Vorgang verdient noch der Erwähnung: Der Kampf im sächs.-thüring. Färberei im Frühjahr 1909. Zwischen dem Verband sächs.-thüring. Webern und genannter Färberei entstanden Differenzen über die Farbpreise. Als es zu keiner Einigung kam, da verweigerten die vintreuen Färbereien die Annahme von Aufträgen aus dem Weberverband. Jedoch waren acht Färbereien dem Weberverband gesellig und erklärten ihren Austritt aus dem Färberei. Infolgedessen blieben die Webermeister Sieger, während der Färberei sich aufloste. Doch wird an dessen Stelle bald wieder eine neue Färbereikonvention entstehen, der sich dann die vintreuen Färbereien wieder anschließen dürften. — Als dieser Konflikt im Färberei spielte, da stellte der sozial. Textilarbeiterverband erneut Forderungen an die Färbereien unter Aufsichtung unseres Verbandes. Abgesehen von den schlechten Organisationsverhältnissen der Färbereiarbeiter im Greizer Bezirk scheint auch der sozial. Textilarbeiterverband nicht in der Lage gewesen zu sein, den Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen, denn er ließ die Sache im Sande verlaufen. — Es muß unsere Aufgabe sein, die Färberei- und Appreturarbeiter mehr wie bisher zu organisieren, um eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen. In den Webern ist ja am 1. April und am 1. Juli eine kleine Lohnzulage gewährt worden; auch für die Arbeiterchaft in den Färbereien wäre eine solche Zulage sehr notwendig.

Was die sonstige Tätigkeit des Bezirksamtes betrifft, so ist aus dem Bericht u. a. noch zu erwähnen, daß er in 7 öffentlichen, 40 Mitglieder- und 8 Fabrikversammlungen tätig war. Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen wurden 20 und Konferenzen für die Gauen 8 abgehalten. Außerdem wurden 3 größere Agitationstouren ausgeführt. Sämtliche Ortsgruppen wurden einmal, die meisten aber öfters besucht. Auch in besondern Vereinigungen hielt der Sekretär mehrere Vorträge. Die Korrespondenz auf dem Bureau umfaßt 25 Eingänge und 2201 Ausgänge. Die Geschäftsführung der Ortsgruppen wurde bei den Besuchen kontrolliert und ist im allgemeinen zu sagen, daß dieselbe wesentlich besser geworden ist.

Daß die Ortsgruppen unseres Bezirkes innerlich fest gegründet sind, das zeigt schon allein der Umstand, daß weder die Krisis noch die Beitragserhöhung, noch auch die allernueste Hege des roten Verbandes irgend eine Gruppe auch nur im geringsten hat erschüttern können. Die neue Hege ist ein Verlegenheitsprodukt unserer Gegner; sie wird aber auch mit einer Blamage für die Veranstalter enden.

Auf der Forster Konferenz erstattete der Kollege Wigt noch einen Geschäftsbericht für das Lokalsekretariat Forst. Daraus war zu ersehen, daß der Gau Niederlausitz noch eine Zunahme von 30 Mitgliedern im Berichtsjahre zu verzeichnen hatte. In allen Ortsgruppen ist ein stetiges Wachsen in der Agitation anzutreffen. Zur systematischen Durchführung derselben führten die Ortsgruppen Sotrau und Forst je eine Agitationskommission ein. Es steht im Ausblick, daß in Spremberg und Stuben nächstens Bezirksstellen gegründet werden können.

Die Tätigkeit des Amtes war sehr umfangreich. In 36 Versammlungen und in 19 Sitzungen hielt der Geschäftsleiter Vorträge. Der Besuch der Versammlungen war ein guter zu nennen, durchschnittlich 80 Personen in Forst. Unterrichtsbesuche wurden in Sotrau und Forst abgehalten.

Die Beteiligung an den Wahlen zum Gewerbeamt hatte den Erfolg, daß ein Verbandskollege zum Beisitzer gewählt wurde. Bedeutend war der Verband an sechs Lohnbewegungen. Bei dieser Gelegenheit wurden 14 Fabrikbetriebe besucht und an sechs Verhandlungen mit Arbeitgebern teilgenommen. Drei dieser Lohnbewegungen endeten mit einem Erfolg für die Arbeiterchaft.

In 56 Rechtsauskunftsfällen wurde das Sekretariat eingesetzt; 25 Schriftsätze wurden in diesen Angelegenheiten angefertigt. Der schriftliche Verkehr auf dem Sekretariat wies in Berichtsjahre auf an Eingängen 665 und an Ausgängen 1262 Briefen.

In allen Ortsgruppen des Gauen sind zur Führung der Lohnkartei die Lohnverhandlungsämter angelegt worden.

Bildungsbestrebungen verfolgt die Ortsgruppe Forst insonderheit, indem sie ihren Mitgliedern den Besuch der Vorträge des Volkshochschulvereins empfehlen, welcher damit Aufklärung im nationalen und im sozialen Sinne verfolgt. Auch der Besuch des Stadttheaters wurde durch Vermittlung von billigen Einlaßkarten in erheblichem Maße möglich gemacht.

Im Berichtsjahre wurde dem Betrieb gewerkschaftlicher Literatur besondere Aufmerksamkeit geschenkt; für 264,25 M. ist abgesetzt worden. Der Gau Niederlausitz unseres Verbandes hat speziell hinsichtlich der Gewinnung neuer Mitglieder noch Miesenerarbeit zu leisten. Bisher 20000 unorganisierte Textilarbeiter sind noch vorhanden. Mäße daher die geleistete Arbeit im Berichtsjahre den Erfolg haben, daß die agitatorische Tätigkeit unserer Mitglieder für die Zukunft in großem Umfange und mit zäher Ausdauer sich entfalte.

Die nun sich anschließende Berichterstattung der Delegierten aus den einzelnen Ortsgruppen, sowie die Diskussion hierüber berührte noch manche Einzelheiten und war vor allem im Fortschritt in der gewerkschaftlichen Schulung der Kollegen klar zu erkennen. Nach der Mittagspause referierte der Kollege Wigt über „Unterstützungsweisen und Statistik“, dabei den Kollegen hauptsächlich die Handhabung der neuen Formulare und Karten v. erklären. In der Diskussion wurde u. a. der Wunsch ausgesprochen, es möchten im kommenden Winter in den einzelnen Ortsgruppen Vorträge über das Statut gehalten werden, damit alle Kollegen und Kolleginnen damit vertraut würden.

Der zweite Vortrag des Kollegen Kämmerle über das Thema: Wie gestalten wir unsere Versammlungen zweckmäßig und anziehend? kann jedem Vorstande als Richtschnur dienen. Wir werden diesen Vortrag später in unserem Organ noch ausführlicher bringen und legen deshalb hier von einer auszugewählten Wiebergabe ab.) Zum letzten Punkt der Tagesordnung „Verschiedenes“ wurden aus den einzelnen Konferenzen noch mancherlei Anregungen gegeben.

Auf der Konferenz in Bittau sprach der Kollege Betsch noch ein Schlusswort, wobei er den Kollegen ein Stück aus der Geschichte unseres Verbandes vorführte, wofür ihm mit Beifall gedankt wurde.

Auch der Kollege Schiffer ergriff in Forst das Wort zu einem Rückblick auf die Verhandlungen, wobei er seine Betätigung ausdrückte über den guten Geist, der im Gau Niederlausitz herrscht. Er appellierte an die Versammelten, mutig weiter zu arbeiten für Arbeiterrechte und Arbeiterwohl. Darauf mußte Kollege Schiffer abtreten, da er auswärts noch in Anspruch genommen war. Nachdem Kollege Schiffer die Konferenz verlassen hatte, wurde vom Kollegen Schulze-Forst eine Resolution eingebracht und einstimmig angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Teilnehmer an der heute im ehangelischen Vereinssaale in Forst tagenden Herbstkonferenz des Gauen Niederlausitz, verurteilen entschieden im Interesse der Einheit der Arbeiterchaft das beherrschende, die Arbeiterinteressen schädigende Treiben der roten Verbandleitung, sie stehen einig mit allen Mitgliedern des Gauen Niederlausitz in Treue zu unserem Verband und seinen Führern und haben zu unserem Zentral- und seinen Führern die Konferenz verlassen, wo das Gauen Niederlausitz die Schranken des christlichen Arbeitervereins befristigt wurden.“

Die Teilnehmer an der heute im ehangelischen Vereinssaale in Forst tagenden Herbstkonferenz des Gauen Niederlausitz, verurteilen entschieden im Interesse der Einheit der Arbeiterchaft das beherrschende, die Arbeiterinteressen schädigende Treiben der roten Verbandleitung, sie stehen einig mit allen Mitgliedern des Gauen Niederlausitz in Treue zu unserem Verband und seinen Führern und haben zu unserem Zentral- und seinen Führern die Konferenz verlassen, wo das Gauen Niederlausitz die Schranken des christlichen Arbeitervereins befristigt wurden.“

Die Teilnehmer an der heute im ehangelischen Vereinssaale in Forst tagenden Herbstkonferenz des Gauen Niederlausitz, verurteilen entschieden im Interesse der Einheit der Arbeiterchaft das beherrschende, die Arbeiterinteressen schädigende Treiben der roten Verbandleitung, sie stehen einig mit allen Mitgliedern des Gauen Niederlausitz in Treue zu unserem Verband und seinen Führern und haben zu unserem Zentral- und seinen Führern die Konferenz verlassen, wo das Gauen Niederlausitz die Schranken des christlichen Arbeitervereins befristigt wurden.“

Die Teilnehmer an der heute im ehangelischen Vereinssaale in Forst tagenden Herbstkonferenz des Gauen Niederlausitz, verurteilen entschieden im Interesse der Einheit der Arbeiterchaft das beherrschende, die Arbeiterinteressen schädigende Treiben der roten Verbandleitung, sie stehen einig mit allen Mitgliedern des Gauen Niederlausitz in Treue zu unserem Verband und seinen Führern und haben zu unserem Zentral- und seinen Führern die Konferenz verlassen, wo das Gauen Niederlausitz die Schranken des christlichen Arbeitervereins befristigt wurden.“

Die Teilnehmer an der heute im ehangelischen Vereinssaale in Forst tagenden Herbstkonferenz des Gauen Niederlausitz, verurteilen entschieden im Interesse der Einheit der Arbeiterchaft das beherrschende, die Arbeiterinteressen schädigende Treiben der roten Verbandleitung, sie stehen einig mit allen Mitgliedern des Gauen Niederlausitz in Treue zu unserem Verband und seinen Führern und haben zu unserem Zentral- und seinen Führern die Konferenz verlassen, wo das Gauen Niederlausitz die Schranken des christlichen Arbeitervereins befristigt wurden.“

Die Teilnehmer an der heute im ehangelischen Vereinssaale in Forst tagenden Herbstkonferenz des Gauen Niederlausitz, verurteilen entschieden im Interesse der Einheit der Arbeiterchaft das beherrschende, die Arbeiterinteressen schädigende Treiben der roten Verbandleitung, sie stehen einig mit allen Mitgliedern des Gauen Niederlausitz in Treue zu unserem Verband und seinen Führern und haben zu unserem Zentral- und seinen Führern die Konferenz verlassen, wo das Gauen Niederlausitz die Schranken des christlichen Arbeitervereins befristigt wurden.“

Die Teilnehmer an der heute im ehangelischen Vereinssaale in Forst tagenden Herbstkonferenz des Gauen Niederlausitz, verurteilen entschieden im Interesse der Einheit der Arbeiterchaft das beherrschende, die Arbeiterinteressen schädigende Treiben der roten Verbandleitung, sie stehen einig mit allen Mitgliedern des Gauen Niederlausitz in Treue zu unserem Verband und seinen Führern und haben zu unserem Zentral- und seinen Führern die Konferenz verlassen, wo das Gauen Niederlausitz die Schranken des christlichen Arbeitervereins befristigt wurden.“

Die Teilnehmer an der heute im ehangelischen Vereinssaale in Forst tagenden Herbstkonferenz des Gauen Niederlausitz, verurteilen entschieden im Interesse der Einheit der Arbeiterchaft das beherrschende, die Arbeiterinteressen schädigende Treiben der roten Verbandleitung, sie stehen einig mit allen Mitgliedern des Gauen Niederlausitz in Treue zu unserem Verband und seinen Führern und haben zu unserem Zentral- und seinen Führern die Konferenz verlassen, wo das Gauen Niederlausitz die Schranken des christlichen Arbeitervereins befristigt wurden.“

Die Teilnehmer an der heute im ehangelischen Vereinssaale in Forst tagenden Herbstkonferenz des Gauen Niederlausitz, verurteilen entschieden im Interesse der Einheit der Arbeiterchaft das beherrschende, die Arbeiterinteressen schädigende Treiben der roten Verbandleitung, sie stehen einig mit allen Mitgliedern des Gauen Niederlausitz in Treue zu unserem Verband und seinen Führern und haben zu unserem Zentral- und seinen Führern die Konferenz verlassen, wo das Gauen Niederlausitz die Schranken des christlichen Arbeitervereins befristigt wurden.“

Die Teilnehmer an der heute im ehangelischen Vereinssaale in Forst tagenden Herbstkonferenz des Gauen Niederlausitz, verurteilen entschieden im Interesse der Einheit der Arbeiterchaft das beherrschende, die Arbeiterinteressen schädigende Treiben der roten Verbandleitung, sie stehen einig mit allen Mitgliedern des Gauen Niederlausitz in Treue zu unserem Verband und seinen Führern und haben zu unserem Zentral- und seinen Führern die Konferenz verlassen, wo das Gauen Niederlausitz die Schranken des christlichen Arbeitervereins befristigt wurden.“

Die Teilnehmer an der heute im ehangelischen Vereinssaale in Forst tagenden Herbstkonferenz des Gauen Niederlausitz, verurteilen entschieden im Interesse der Einheit der Arbeiterchaft das beherrschende, die Arbeiterinteressen schädigende Treiben der roten Verbandleitung, sie stehen einig mit allen Mitgliedern des Gauen Niederlausitz in Treue zu unserem Verband und seinen Führern und haben zu unserem Zentral- und seinen Führern die Konferenz verlassen, wo das Gauen Niederlausitz die Schranken des christlichen Arbeitervereins befristigt wurden.“

zelen Betriebe beraten, und nach längerer Diskussion wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, daß der Vorstand unverzüglich dazu übergehen soll, in nächster Zeit für jeden einzelnen Betrieb Vertrauensmänner zu ernennen. Sache der Mitglieder ist es nun, diesem Beschlusse auch nachzukommen und bei einer eventuellen Wahl ihre ganze Kraft in den Dienst der guten Sache zu stellen, zum Wohle der Ortsgruppe und der gesamten Arbeiterbewegung.

Forst (Lausitz). Daß gewerkschaftliche Arbeit nicht nur auf dem Gebiete der Arbeits- und Lohnverbesserungen zu tätigen ist, das wurde den Mitgliedern in dem Referate des Herrn D. Rippel-Berlin in der Versammlung am 23. Okt. so recht vor Augen geführt. Er behandelte das Thema: „Die soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Bodenreform.“ Die Ausführungen des Referenten waren wert, hier wirklich wiedergegeben zu werden, um auch diejenigen unserer Mitglieder, welche in der Versammlung leider durch Abwesenheit glänzten, von der Notwendigkeit eines Versammlungsbeschlusses zu überzeugen, besonders wenn ein Thema Fragen behandelt, an denen jeder Arbeiter interessiert ist. Die Ausführungen des Referenten gipfelten darin, daß man die Bestrebungen der Bodenreformer unterstützen müsse, weil durch eine Verbilligung des Baugeländes auch billige und gesunde Wohnungen für die Arbeiter geschaffen werden könnten. Die richtige Lösung der Frage der Bodenreform schließt auch Vorteile ein, die am letzten Ende den Arbeiterorganisationen zugute kommen. Die an das Referat sich anschließende Diskussion, an welcher sich auch einige als Gäste erschienene Herren anderer Stände beteiligten, brachte das Interessante noch viel. Das Endergebnis war eine Entschließung an die hiesigen städtischen Körperschaften: „Magistrat und Stadtverordnete möchten ihre Augenmerk darauf richten, nicht nur den jetzt bestehenden städtischen Sänberbesitz zu erhalten, sondern durch Zukauf noch zu vermehren und ihn der Spekulation zu entziehen, um so billiges Bauland zur Errichtung von Arbeiterwohnungen zu beschaffen.“ Daß die Bestrebungen des Bundes der Bodenreformer auch hierorts dauernd Unterstützung finden, dafür werden in Zukunft geeignete Schritte unternommen.

Glanerberg (Solland). Am 23. Okt. fand hier eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher unser Zentralvorstand Schiffer als Redner erschienen war. Eine große Anzahl Arbeiter, unter diesen auch ein Trupp Wagner, hatte sich eingefunden. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden sprach Kollege Schiffer über: Wesen und Wirken der christlichen Gewerkschaften. In recht verständlicher Weise erlebte sich Redner seiner Aufgabe. In der Diskussion sprachen drei Sozialdemokraten und ein Anarchosozialist. Als Hauptbegründungsredner trat der Geschäftsführer Meyer vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande auf. Wir müssen aber offen gestehen, daß wir noch nie so wirres und krauses Zeug gehört haben. Aufhebung der jetzigen Produktionsweise, Finanzreform und Klerei, Zentrumsgewerkschaften und evangelische Minderheit, sowie andere, längst veraltete Lehren bildeten den Hauptinhalt der Rede. Ein Genosse Kallies aus Gronau beichtete die christlichen Gewerkschaften des Arbeiterverrats und des Streikbruchs und beleidigte unsern Kollegen Schiffer in rüber Weise. Dann sang er ein Loblied auf den spanischen Anarchisten Ferrer. Tabak und Schnaps, so meinte er, seien die notwendigen Lebensmittel (für manche Leute: ja! D. W.) Als letzter Diskussionsredner sprach Kollege Sparenberg und ging mit dem Genossen beider Colleur ins Gericht, indem er auf Theorie und Praxis in den sozialdemokratischen Kreisen hinwies. Dieses schien den Genossen aber doch nicht in den Raum zu passen und es erhob sich ein Hülfspektakel. Als der Aufseher zur Ruhe nicht frage gegeben wurde, wurde kurzerhand die öffentliche Versammlung geschlossen und als Mitgliederversammlung weiter geführt. Aber es wurde den Genossen schwer, den Kampfplatz zu verlassen, und sie machten einen solchen Zumut, daß selbst Meyer erklärte: Die Kerls sind wahrlich! Endlich waren die Friedensstörer hinaus. Kollege Sparenberg konnte nun fortfahren in der begonnenen Diskussionsrede. Dann sprach Kollege Schiffer das Schlusswort. Mithilfe Zustimmung und rauschenden Beifall bestätigten, daß die Worte auf fruchtbarem Boden gefallen waren. Kollege Schiffer schloß nun mit Worten des Dankes an den Referenten und der Bitte an die Mitglieder um rege Mitarbeit.

St. Tönis. In der am 24. Oktober stattgefundenen Versammlung wurde zunächst der Kasienbericht vom dritten Quartal bekannt gegeben. Ihm entnehmen wir, daß 36,05 M. an Krankengeld und 474,90 M. an Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung gelangt sind. An der Arbeitslosigkeit waren insgesamt 78 Mitglieder und zwar 42 männliche und 36 weibliche mit zusammen 663 arbeitslosen Tagen beteiligt. 68 Fälle wurden unterführt und zwar 36 männliche Mitglieder mit 194 Tagen = 238,50 M., 32 weibliche Mitglieder mit 273 Tagen = 236,40 M. Von den 68 unterführten Mitgliedern hätte man nun wohl erwarten können, daß sie an dieser Versammlung teilgenommen hätten, aber weit gefehlt. Ganze vier von diesen waren anwesend. Zum zweiten Punkt wurden Verschaltungsregeln bei eventl. Arbeitslosigkeit gegeben. Danach ist jedes arbeitslose Mitglied verpflichtet, — laut Statut, — sich sofort beim Vorliegenden mit dem Leitungsbuch zu melden. Die Auszahlungen von Unterstützungen finden nur Freitags abends von 7-8 1/2 Uhr statt. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

NB. Am 17. November (Sabbat und Bettag) findet eine große Arbeiterversammlung statt, in welcher unser Kollege, Redakteur Pentmann und Kaplan Volken-Bieren über zeitgemäße Fragen reden werden.

Wieslau. Seit längerer Zeit ist unsere große Ortsgruppe in mehrere Bezirke eingeteilt. In den einzelnen Bezirken herrscht reges Leben. Von dem Bezirk „Rahser“ soll hier einiges geschrieben werden. In seiner letzten Sitzung beschloß der Bezirksvorstand, bald eine öffentliche Versammlung einzuberufen, bei der eine gründliche Vorbereitung vorhergehen soll. Es sollen geeignete Flugblätter verteilt und soweit als möglich Fabrikversammlungen abgehalten werden. Ferner wurde genehmigt, daß die Geschäftsordnung für die Ortsgruppen in dem Fachorgan veröffentlicht werde. (Der Bezirksvorstand kann von der Zentrale wohl einige Exemplare der Geschäftsordnung erhalten. Dann ist die Veröffentlichung in der Zeitung überflüssig. D. W.) Der Hauptvorstand unserer Ortsgruppe begnügt in seiner letzten Sitzung die Beschlüsse des Bezirks „Rahser“ sehr. In diesem Bezirke sind die meisten Schritte zu verzeichnen. Dem muß entgegengearbeitet werden. Darum ist das Vorgehen des Vorstandes von „Rahser“ zu begrüßen. An die hiesigen Kollegen und Kolleginnen ergeht daher die Bitte, mit Eifer und Ausdauer dem Vorstande helfend zur Seite zu stehen.

Walsheim. Am 17. Okt. hielt unsere Ortsgruppe ihre Quartalsversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1) Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe im letzten Quartal, 2) Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe im letzten Quartal, 3) Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe im letzten Quartal, 4) Verschiedenes.

Unser Kassierer Mathias Voell erstattete den Kasienbericht. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Unser Vorsitzender Ludwig Oßfender erstattete einen ausführlichen Bericht über die Bezirkskonferenz. Zu Punkt drei der Tagesordnung wurde die Notwendigkeit des Unterrichtsbesuches betont, da es unserer Ortsgruppe an geschulten Mitgliedern fehlt. Unter Punkt Verschiedenes wurde den Mitgliedern nochmals nahegelegt, wie notwendig es sei, die arbeitslosen Tage zu melden. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

„Christliches Gauen“. Unter dieser Spitzmarke bringt der „Vorwärts“ (Nr. 247) (und nach ihm die übrige sozialdemokratische Presse) einen in der Sache dem „Grundstein“ entnommenen Bericht über angebliche Mitgliederverluste des christlichen Bauarbeiterverbandes. Da die Sozialdemokratie in Verfolg der Reichsfinanzreform und um die größere Werbefähigkeit der sozialdemokratischen Verbände zu beweisen, eifrig darauf bedacht ist, den christlichen Gewerkschaften abtrünnig werdende Mitglieder zu suchen, lohnt es sich, die Mitteilung des „Vorwärts“ und pp. auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Es heißt dort: Der christliche Bauarbeiterverband hatte am 1. Juli 1908 37 701 Mitglieder, am 1. Januar 1909 36 074 und am 1. Juli 1909 34 851; folglich ein Mitgliederverlust von 2850 oder 7,5 Prozent.

„Wert bedeutender“, wird dann wörtlich gesagt, „ist jedoch die Bewegung der Mitgliederzahl seit dem 1. Jan. d. 3. d., da sehen wir bei der christlichen einen weiteren Rückgang von 1221 oder von 3,4 Prozent, während die Verbände der freien Gewerkschaften in der gleichen Zeit einen kräftigen Aufschwung genommen haben. Der Bauarbeiterverband allein hat im zweiten Vierteljahr 1909 über 14 000 neue Mitglieder gewonnen.“

Zu diesem Resultat kommt der „Vorwärts“ durch ein willkürliches Verschneiden und Verschweigen von Zahlen; eine bequeme Art, dem Gegner Verluste und der eigenen Sache Gewinn zuzuschreiben. Wie steht die Sache in Wirklichkeit? Die Mitgliederentwicklung der beiden genannten Verbände vollzog sich seit Juli 1907 folgendermaßen:

Table with 4 columns: Date, Christian, Socialdemocratic, Total. Rows show membership numbers for July 1907, Jan 1908, July 1908, Jan 1909, and July 1909.

Das ist die tatsächliche Mitgliederzahl beider Verbände. Zu berücksichtigen ist, daß der christliche Bauarbeiterverband am 1. Januar d. J. 947 Mitglieder infolge der Verschmelzung der Steinarbeiter mit den Keramarbeitern an den christlichen Keramarbeiterverband abgetreten hat. Wie konstruiert man bei „Vorwärts“ den Mitgliederverlust des christlichen Verbandes vom 1. Januar bis Juli d. J.? Dadurch, daß er die Mitgliederzahl vom dritten Quartal auf das vierte verschiebt. Würde er in gleicher Weise bei dem roten Bauarbeiterverband verfahren, so hätte auch dieser anstatt Gewinn Verlust; und tatsächlich hat auch dieser im ersten Quartal d. J. noch Verlust gehabt, denn wenn er wirklich 14 000 Mitglieder im zweiten Quartal gewonnen hat, dann mußte er bei 174 000 Mitgliedern am 1. Juli d. J. auf 160 000 am 1. April gesunken sein, mithin 41 000 Mitglieder weniger wie Juli 1907.

Ist der Zweck des Manövers vielleicht der, um über diese Tatsache hinwegzutäuschen? Es ist aber auch noch zu beachten, daß der christliche Bauarbeiterverband ungelernete Arbeiter in seinen Reihen hat, der rote Verband dagegen nur gelernte. Die Erfahrung lehrt nun, daß die ungelernen Arbeiter viel leichter der Organisation verloren gehen wie die gelernten. Tatsächlich entfällt beim christlichen Bauarbeiterverband der Verlust gegen 1907 fast nur auf diese. Das wird auch deutlich durch die kolossalen Verluste des sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverbandes bestätigt, der von 71 268 durchschnittlicher Mitgliederzahl in 1907 auf 55 526 in 1908 herabsank. Der christliche Verband kann mithin den Vergleich mit den sozialdemokratischen Verbänden durchaus bestehen. Der Zweck der Uebung, der nur durch ein falscher Kunststück erreicht werden konnte, wird vom „Vorwärts“ mit folgenden Worten bekleidet:

„Das (der angebliche Mitgliederverlust des christlichen Verbandes) ist eine äußerst wichtige und erfreuliche Erscheinung. Sie ist nur zu deuten: Was für die christlichen Gewerkschaften zu holen war, das haben sie dahin. Die Arbeiter, die für die freien Gewerkschaften noch nicht reif waren, haben die christlichen organisiert; damit ist ihre Referate erschöpft. Die nächste Konjunkturrelle mag sie noch einmal etwas mit empofehen, ihre Austrittskraft darf aber wohl als erschöpft gelten. Diese Erkenntnis mag für die Christlichen peinlich sein, aber ihr Verschwinden wird daran nichts ändern.“

Das nennt man Her einfällen, denn während der christliche Bauarbeiterverband 1,8 Proz. und als Ersatz für die 947 an den christlichen Keramarbeiterverband abgegebenen Mitglieder sogar 14,9 Mitgliedererwerbungen buchen konnte, hat der sozialdemokratische Bauarbeiterverband dem nur 6,5 Prozent gemauert zu ersetzen. Ob das für die sozialdemokratische Presse auch „eine äußerst wichtige und erfreuliche Erscheinung“ ist? So fängt sich die Sozialdemokratie in ihrem eigenen Nege! Wir kondolieren!

Eine Sitzung des Ausschusses des Gesamtverbandes wurde am 22. und 23. September in Düsseldorf abgehalten. Außer den Mitgliedern des Ausschusses nahmen auch die Redaktoren der christlichen Gewerkschaftspressen an den Verhandlungen teil. Folgende Tagesordnung fand ihre Erledigung:

1. Bericht des Vorstandes. In einem ausführlichen Referat mit anschließender Diskussion kamen besonders die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, die gewerkschaftliche Situation und die nächsten Aufgaben und agitatorischen Maßnahmen zur Besprechung. Eine Reihe von Anträgen sollten erkennen, daß das Wirtschaftslieben sich gegenwärtig wieder in einem Antifortierungsprozess befindet. Die Folgen der Krise sind jedoch bei weitem noch nicht überwunden. Ein Winter hoher Arbeitslosigkeit steht bevor, wie auch anderwärts die Gewerkschaften nur langsam und teilweise wieder sich in aufsteigender Linie bewegen. Am 31. Dezember d. J. und am 31. März n. J. laufen alle Tarifverträge im Mater. resp. Baugewerbe ab. Die Organisationen in diesen Gewerben werden damit vor umfangreiche Forderungen gestellt, an denen mehrere Hunderttausend Arbeiter beteiligt sind. Da auch in diesen Gewerben sich noch die Nachwehen der schlechten Konjunktur bemerkbar machen, werden alle Kräfte anzuwenden sein, um mit disziplinierter und energiegeladener Tatkraft für die Beschäftigten heranzukommen. Das schwebende Generalstatut hat den Vorstand des Gesamtverbandes wiederholt beschäftigt. Angelehrt der einseitigen

Berichterstattung war es außerordentlich schwierig, ein objektives Bild von den Ursachen und Motiven dieses Kampfes zu gewinnen. Deshalb hat man auch von einer Unterfertigung in dieser oder jener Form bisher Abstand genommen. Es sind Vorberichtigungen seitens des Vorstandes getroffen worden, um bei den Wahlen zu den unteren Verwaltungsbereichen die Interessen der christlichen Arbeiterkraft zur Geltung zu bringen. Nachdem in Schlesien die einzelnen Verbände Boden gewonnen haben und zum Teil über freigestellte agitatorische Kräfte verfügen, wird am 1. Oktober das schlesische Sekretariat des Gesamtverbandes ausgeschrieben. Die christliche Gewerkschaftsbewegung des Saarreviers soll einheitlich gestaltet werden. In diesem Revier ist ein Bezirksrat gebildet, dessen Leitung am 1. Oktober Kollege Wuttjeh die Geschäfte des mitteldeutschen Sekretariats des Gesamtverbandes wahrnimmt. Den Wünschen nach Freistellung weiterer agitatorischer Kräfte in verschiedenen Gebieten Deutschlands kann gegenwärtig von Seiten des Gesamtverbandes nicht entsprochen werden. Hinsichtlich wie im Saargebiet sollen noch in einigen weiteren wichtigen Wirtschaftsbereichen die agitatorischen Kräfte der christlichen Gewerkschaften einheitlich gestaltet und zusammengefaßt werden. Für die in nächster Zukunft in Angriff zu nehmenden Aufgaben und agitatorischen Maßnahmen wurden eine große Anzahl von Vorschlägen gemacht. Zur weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit wird eine demnächstige Vorstandssitzung geeignete Beschlüsse fassen. Den Verbänden wird weiter empfohlen, Berichte, Verbandsorgane und sonstige Materialien gemeinschaftlich sozialpolitischen Institutionen zu überlassen.

2. Arbeiterabgeordnete und christliche Gewerkschaften. Nachdem in letzter Zeit von gegnerischer Seite politische Vorgänge zum Ausgangspunkt einer scharfen Hege gegen die christlichen Gewerkschaften genommen worden sind, war über dieses Thema eine Aussprache nach der grundsätzlichen sowohl wie praktischen Seite hin wünschenswert. In einem großzügigen einleitenden Referat beleuchtete Generalsekretär Kollege Stegerwald die Frage von allen Seiten. Die Grundbegriffe der Gewerkschaftsbewegung wurden zunächst allgemein gezeichnet und daran anschließend die besonders gearteten Verhältnisse in der deutschen Gewerkschaftsbewegung heraufgehoben. Ihre Zusammenfassung legt den christlichen Gewerkschaften in der Stellungnahme zu außerchristlichen — besonders politischen Fragen — bestimmte Beschränkungen auf. Die Festhaltung des Arbeitsvertrages ist ihr Hauptziel. Für die Pflege und Wahrnehmung religiöser und sozialbürgerlicher Interessen sind die Mitglieder auf andere Faktoren angewiesen. Keinesfalls aber verdrängen sie auf eine Einflusnahme in den letztgenannten Fragen. Wenn nun die deutsche Arbeiterkraft zu wenig öffentlich-rechtlichen Einfluss hat, wenn derselbe zu der geistigen Negativität der deutschen Arbeiter geradezu im umgekehrten Verhältnis steht, dann ist hieran zum großen Teil die sozialdemokratische Bewegung schuld. Deren Stellung zur Gesellschaft, weiter deren doktrinales, den praktischen Bedürfnissen hohen sprechendes Verhalten hat unendlich viele Kräfte der Arbeiterkraft in der letzten Zeit abgelenkt. Man mag zur Zukunft streben wie man will; aber durch ihr Verhalten hat die sozialdemokratische Bewegung den Interessen der gewerkschaftlichen Generationen den allseitigsten Dienst erwiesen. Wenn die politischen Interessen der christlichen Arbeiterkraft künftig wirksam wahrgenommen werden sollen, dann ist vor allem größtmögliche Stärkung unserer Bewegung notwendig, weiter außerhalb derselben stärkere politische Betätigung und Unterstützung der konfessionellen Arbeitervereine. Immer mehr muß es den Arbeitern zum Bewußtsein gebracht werden, daß eine Emanzipierung von der Regierbarkeit in der Sozialdemokratie lebensigen Gedanken weit unabhängig im wohlverstandenen Arbeiterinteresse erforderlich ist. Ein Korreferat ergänzte die Ausführungen noch wichtig nach der praktischen Seite hin. Eine lange, äußerst fruchtbare Aussprache schloß sich an, die nach jeder Richtung hin wirkte. Von einer Festlegung besonderer Richtlinien wurde Abstand genommen. Der Grundgedanke ging vielmehr dahin: Die christlichen Arbeiter müssen sich in den in Betracht kommenden Organisationen weissen und durch Beschlossenheit durchsetzen, sonst geben die tatsächlichen Verhältnisse über die ideologischen Programmpunkte hinweg. Soweit es mit dem Charakter unserer Bewegung zu vereinbaren ist, sollen in der Gewerkschaftsarbeit Artikel ausstehender Natur über die beregten Fragen erscheinen. In diesem Sinne hat das „Zentralblatt“ schon seine Tätigkeit aufgenommen.

3. Antrag des Federarbeiterverbandes betreffend gegenseitige materielle Unterstützung der Verbände bei größeren Kämpfen. Ein Einbringen in das Wesen dieses Antrages bringt es zum Bewußtsein, daß hier ein Problem aufgeworfen wird, für dessen Lösung nach bestimmten Schemata die Verhältnisse noch nicht reif sind. Denselben ging dieses an der Behandlung des Antrages hervor. Die Frage der Schöpfung eines außerordentlichen Streikfonds durch die Gesamtbewegung erscheint nicht ratsam, weil sowohl die wirtschaftlichen Verhältnisse wie auch die Streikverhältnisse in den einzelnen Gewerkschaften außerordentlich verschieden sind. Eine solche Überbrückung des Zentralisationsprinzips würde außerdem eine keineswegs wünschenswerte Einschränkung oder Beeinträchtigung der Selbständigkeit der einzelnen Verbände bedingen. Dadurch würde möglicherweise das gesunde Streben und die geistige Spontaneität in den einzelnen Verbänden erschlaffen. Ueberdies würden schwierige Situationen außerordentlich erschwerend und stürzen das Selbstbewußtsein der Arbeiter. Der Ausschuss fasste keinen Bescheid zu dem Antrag. Hiernach soll es bei dem bisherigen Verhältnis verbleiben.

4. Unsere Vertretung am Reichsberufungsamt. Das bisherige System hat manche Mängel gezeigt und auf beiden Seiten. Unter Anführung des Vertreters vor dem Reichsberufungsamt fand daher eine eingehende Besprechung statt zu dem Zweck, geeignete Verhältnisse zu schaffen. Wegen der noch immer mehr anwachsenden Arbeit und auch vor allem aus der Sprachbarriere des Reichsberufungsamtes die nötige Beachtung widmen zu können, ist bekanntlich neben dem Kollegen Wuttjeh auch der Kollege Reichsberufungsamt Wuttjeh für die christlichen Gewerkschaften verpflichtet worden. Beide sollen nun gemeinsamer Beschlüsse ausarbeiten, nach denen künftig die Interessen der einzelnen Mitglieder wie auch der Gesamtbewegung in der wichtigsten Weise wahrgenommen werden können.

Ein weiterer Punkt: „Aufgaben der christlichen Gewerkschaften gegenüber der Arbeiterbewegung zur Sozialversicherung“ wurde von der Tagesordnung abgesetzt und der nächsten Sitzung des Ausschusses überwiegen. Damit hatte die zur nächsten Zufriedenheit aller Teilnehmer verlassene Tagung ihren Schluss erreicht. Die vielfachen Kategorien werden ihre bestmögliche Wirkung für die Arbeiter der nächsten Zukunft nicht verfehlen. Ba.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Eisenbahndienstleister und Arbeiter soll in der diesjährigen Parlamentarperiode den in Betracht kommenden Verbänden und Parlamentarier in einer umfangreichen Denkschrift, die reichhaltiges statistisches Material enthält, dargelegt werden, um die Notwendigkeit einer allgemeinen Lohnverbesserung für diese Arbeiterkategorie zu begründen. Um die Vorarbeiten dazu tätigen zu können, hat der Zentralverband deutscher Eisenbahndienstleister und Arbeiter, Sitz Elberfeld, Lande von sämtlichen Fragebogen ausgegeben. Derselben sind nicht nur an Eisenbahndienststellen, sondern auch an Bahnhöfen der anderen Bahnen, wie auch an die konfessionellen Arbeitervereine verandt worden. Der Eisenbahnerverband richtet nun an die in Betracht kommenden Bahnbetriebe die dringende Bitte, ihm bei dieser wichtigen Aktion tatkräftig an die Hand gehen zu wollen.

Aus gegnerischen Organisationen.

Wie es in den Köpfen der „Berliner“ spukt, so schreibt man uns, wenn sie sich mit unserer Organisation befassen und dabei der stammbenden Mittelteil ihre Weisheit zum Besten geben, wird durch folgendes treffend illustriert. Ganz da vor einiger Zeit in Mailbox eine von den „Berlinern“ einberufene Protestversammlung gegen die christlichen Gewerkschaften statt, in welcher Herr Arbeitervertreter Bull (Breslau) als Redner laut Bericht der „Oberschlesischen Volkszeitung“ unter anderem ausführte:

„Ich könnte Ihnen nachweisen, daß der christliche Verband im letzten Jahre 8000 Mitglieder verloren hat (gemeint ist der christliche Bauhandwerkerverband), drüber im Westen zieht die Sache nicht mehr so recht. Die Arbeiter erkennen allmählich, daß eine Organisation, die auf rein materieller Grundlage aufgebaut ist, keinen Zweck für sie hat — und treten aus. So hat z. B. der christliche Textilarbeiterverband, der 26000 Mitglieder zählt, im letzten Jahre erlebt, daß nicht weniger als 22000 Arbeiter sich von ihm abgewandt haben und ausgetreten sind.“

So die oben angeführte Zeitung, das Sprachrohr der „Berliner“ in Oberschlesien, welche die Rede des Herrn Bull ausführlich bringt. Da muß man sich doch unwillkürlich fragen, woher, aus welcher Quelle schöpft die „Berliner“ solchen hahnbüchernen Unsinn? Oder soll Herr Bull wider besseres Wissen diese unwahren Redensarten geführt haben, um die Deffentlichkeit zu täuschen? Dies wollen wir nun einstweilen nicht annehmen. Dann hat er aber die Pflicht, sich nächstens besser zu informieren und unter Verbandsorgan oder das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften zu lesen, damit er, wenn er wieder mal die Mitgliederzahlen unseres Verbandes angeben will, nicht allen Tatsachen zuwider, so schamlos mit der Wahrheit in Konflikt gerät. Also nach besseren Quellen umsehen, Herr Bull.

„Freie“ Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei.

In einer Versammlung in Berlin gab der Genosse Müller, Mitglied der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands seine Erfahrung zum Besten, die er anlässlich seiner Anwesenheit in Amerika über die dortigen Gewerkschaften gemacht haben will. Dabei führt er nach dem Bericht des „Vorwärts“ (14. Okt.) aus:

„Was hier vielleicht richtig ist, kann draußen falsch sein. Aber sicher ist, wenn die jetzige Kritik der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung fortgeführt wird, wird dadurch die amerikanische Arbeiterbewegung geschädigt. Unsere Gewerkschaften sind nicht so alt wie die hierigen, aber sie sind fortschrittlicher. Sie haben festen Fuß, nachdem die sozialdemokratische Partei bereits bestand. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ging eine ganz andere Bahn wie die amerikanische, sie ging die Bahn, welche ihr die Partei gezeigt hat. Bei uns war der Sozialismus von vornherein der Wegweiser. Eine Gewerkschaft ohne Sozialismus wird sich immer in Sackgassen verirren und wird unter Umständen reaktionär werden. Eine Gewerkschaft, die von sozialistischem Geiste befeuert ist, wird das hohe Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse nie kleinlichen Berufsinteressen unterordnen, sondern jenes Ziel stets im Auge haben. In Amerika ist der Sozialismus nicht neu; aber er hat leider bei weitem nicht den Einfluß, den er in Deutschland hat. Es fehlt den amerikanischen Gewerkschaften der sozialistische Geist und deshalb der weite Blick der deutschen Gewerkschaften.“

Die deutschen Gewerkschaften gingen die Bahn, die ihr die Partei gezeigt hat, der Sozialismus war von vornherein der Wegweiser; wenn das christliche Gewerkschaftsorgan mal feststellen, dann war es allemal „gelogen“ und „verleumdet“. Eine Gewerkschaft ohne Sozialismus nennt in Sackgassen, meint Genosse Müller. Wir meinen, daß die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hunderte von Beweisen dafür erbracht hat, daß sich die „freien“ Gewerkschaften gerade durch ihre innigen Verbindungen mit der Sozialdemokratie ganz gehörig in Sackgassen verirrt hat. Ist denn der „Holl Omper“ nicht wieder ein neuerer Beweis dafür?

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.

Die christlichen Gewerkschaften Österreichs im Jahre 1908. Der letzten veröffentlichten Geschäftsbericht dieser Organisationen konstatiert für das Jahr 1908, daß die Reihe die Bewegung nicht zurückgeworfen, doch wohl in der Form der Entwicklung gehemmt habe. Der Mitgliederstand der Gesamtbewegung zeigt folgendes Bild:

Organisationsgruppe	Mitglieder 1907	Mitglieder 1908
Zentralverbände (16) und deutsche Sozialorganisationsgruppen	228	36 627
2. Einzelgewerkschaften	360	15 000
3. Einzelgewerkschaften (Einz. Arbeiter)	102	6 000
4. Einzelgewerkschaften (Einz. Arbeiter)	66	8 000
5. Einzelgewerkschaften (Einz. Arbeiter)	25	2 140
6. Einzelgewerkschaften (Einz. Arbeiter)	1581	61 767
7. Einzelgewerkschaften (Einz. Arbeiter)		83 647

Die Zentralverbände nehmen alle Arbeiter ohne Unterschied der Nation auf, doch ist der Prozentsatz der nicht-deutschen Arbeiter kein besonders hoher. Von der Mitgliederzahl aller christlichen Gewerkschaften (mit Ausnahme des deutschen Gewerkschaftsvereins, Sitz Krakau und des tschechischen Gewerkschaftsvereins, Sitz Königgrätz) entfallen auf die einzelnen Branchen:

Branchen	Mitgl.	Mitgl.
1. Textilarbeiter	15 697	10. 1928
2. Eisenbahner	7 000	11. 1834
3. Holzarbeiter	6 233	12. 1731
4. Bauarbeiter	5 162	13. 1417
5. Metallarbeiter	3 155	14. 1139
6. Holzarbeiter	2 855	15. 1077
7. Eisenbahner	2 754	16. 1019
8. Bauarbeiter	2 265	17. 973
9. Eisenbahner	2 069	18. 922

Zum ersichtlichen wurden auch die Massenverhältnisse der Zentralverbände und der deutschen Sozialorganisationsgruppen erhoben. 16 Zentralverbände und 23 Sozialorganisationsgruppen, welche sich an dieser Statistik beteiligen, hatten im Jahre 1908 eine reine Einnahme von 427 208 Kronen 47 Heller. Ende 1907 betrug das Geld 109 933 Kronen 66 Heller. Die Sozialmaßnahmen betragen daher 328 142 Kronen 13 Heller. Den Einnahmen stehen folgende Ausgaben gegenüber:

Arbeitslosen-, Kranken-, Reise-, Umzugsunterstützung, Begräbnisunterstützung u. dergleichen	Kronen
144 768 63	144 768 63
Streik- und Wahrgelungsbekämpfung	34 945 29
Verbandsblätter, Bibliotheken, Kalender	58 973 71
Anteile der Ortsgruppen und Beiträge an die Zentralkommissionen	29 800 49
Agitation, Gesäter, sachliche Verwaltung, Inventar, bibelische Ausgaben	103 374 93
Gesamtausgabe Nr. 371	463 05

Die Massenbestände der Zentralen (ohne die Massenbestände der Ortsgruppen) betragen 156 679 Kronen 8 Heller.

Die Uebersicht zeigt im allgemeinen ein recht günstiges Bild. Zu wünschen wäre nur, daß der leidige Nationalitätenhader nicht auch auf die Gewerkschaften ungünstig zurückwirkt. Wir wünschen unseren Bruderverbänden ein rüstiges Voranschreiten und eine Befreiung aller Schwierigkeiten auch in dem zuletzt angebotenen Sinne.

Allgemeine Rundschau.

Soziale Wahlen.

Ortskrankenkassenwahlen in Bochum. Ein harter Kampf spielte sich, ähnlich wie früher, bei der am 25., 26. und 27. Oktober getätigten Wahl der Vertreter beim Ortskrankenkassenrat zur Generalversammlung der Ortskrankenkassen in Bochum ab. Besonders interessant war die Agitationsweise der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Seit der Zeit, wo die Generalversammlung der Ortskrankenkassen zum größten Teil aus Mitgliedern der dem christlich-sozialen Ausschuss für Gesellen- und Arbeitervertreterwahlen angehörenden Verbände und Vereine besteht, hat die Ortskrankenkasse eine vorzügliche Entwicklung genommen und sind bedeutende Verbesserungen für die Versicherten eingeführt worden. Nach der Richtung hin konnten also die „Genossen“ keine Agitationsmanöver ausführen. Um aber nun doch die verhassten Christlichen aus dem Felde zu schlagen, wurde ein Agitationsmittel von den „Genossen“ gesucht, welches anscheinend bei allen möglichen Gelegenheiten angewandt wird, nämlich die Reichsfinanzreform. Dieses Agitationsmittel wurde ins Feld geführt, um die ewiglichen Arbeiter zu kapern und dadurch die Geschlossenheit der auf der Seite des christlich-sozialen Ausschusses stehenden Versicherten zu zerschlagen. Mit den bekannten Schlagwörtern wie „Schwachsinnigkeit“, „Zentrumsgelehrsamkeit“ um war das sozialdemokratische Flugblatt gepiekt. Kein Mittel liegen die sozialdemokratischen Führer unversucht, selbst vor dem Wahlschwindel schreckte eine der „Genossengrößen“ nicht zurück. Mit frecher Stirne marschierte der Vorsitzende der Ortskrankenkasse des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, Erich Neubert, zur Wahlurne und gab mit einer falschen Legitimation in einer Gruppe, in der er überhaupt nicht wahlberechtigt war, seine Stimme ab. Derselbe Neubert war es auch, welcher in einer kurz vor dieser Wahl vom christlichen Holzarbeiterverbande einberufenen öffentlichen Versammlung über Kräfte, Heiligenbilder und religiöse Gebrauche höhnte und dabei noch die Dreistigkeit besaß, mit Heiligenbildern und Statuen zu handeln.

Alle diese Wahntricks seitens der „roten Helben“ verjagen jedoch nicht und der in den letzten Monaten alljährlich abgeraderete Gaul der Reichsfinanzreform“ zog nicht mehr. Der Ausgang der Wahl zeitigte einen ganz vorzüglichen Erfolg des christlich-sozialen Ausschusses. Zu wählen waren 21 Vertreter und 64 Ersatzvertreter. Hier von erhielt der christlich-soziale Ausschuss 15 Vertreter und 44 Ersatzvertreter, die Sozialdemokraten 6 Vertreter und 18 Ersatzvertreter. Eine Sondergruppe erhielt 2 Ersatzvertreter. Am schärfsten war der Kampf in den Gruppen des Baugewerbes und des Handelsgewerbes. In der letzteren erhielt der christlich-soziale Ausschuss 433, die Sozialdemokraten 339 Stimmen. In der Gruppe Handelsgewerbe erhielt der christlich-soziale Ausschuss 153, die Sozialdemokraten 43 Stimmen. Dieses Resultat verleiht den sozialdemokratischen Arbeitervertreter Thöne in eine solche Tat, daß er nach dem ersten Wahlgange der Kaufleute ausrief: „Seht diese urteilslose Masse, diese Jammergestalten, verurteilt die Schiene an!“ Trotzdem dieselben Kaufleute von den „Genossen“ brieftlich erjucht worden waren, die sozialdemokratische Linie zu wählen, wählten sie sich jetzt als urteilslose Masse bezeichnen lassen.

Die Wahlen der Vertreter zu der Generalversammlung der „Allgemeinen Ortskrankenkassen“ in Dülken wurden am 24. Oktober in aller Ruhe getätigt. Seitens der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Vereine waren geeignete Kandidaten, darunter vier Arbeiterinnen, vorgelegt, die einstimmig gewählt wurden. Die Sozialdemokraten, die es bei der vor zwei Jahren getätigten Vertreterwahl noch auf 184 Stimmen gebracht hatten, gaben angesetzt der Unzufriedenheit ihrer „Arbeiter“ die Parole „Wahlenthaltung“ aus. Es wurde keine sozialdemokratische Stimme abgegeben. Im übrigen wählten von 1379 Wahlberechtigten 367 = 26,6%. In der zweiten Abteilung (mittlere und kleine Betriebe) war die Wahlbeteiligung arg flau, auch hat von den mehreren Hunderten auswärtiger Familienmitglieder, wohl infolge der ungünstigen Witterung, kaum einer sein Wahlrecht ausgeübt.

Soziale Rechtssprechung.

Dann trifft den Geschäftsherrn ein Verhängnis bei mangelhafter Beleuchtung von Arbeitsplätzen? In einer Streitsache der früheren Stepperrin W. gegen einen Tuchfabrikanten in Rotterdam stellt das Reichsgericht wiederholt den Grundgedanke auf, daß der Geschäftsherr auch bei sorgfältiger Auswahl einer tüchtigen Person für seine Obliegenheiten im Sinne von § 831 B. G. B. dennoch die Verantwortung der Beleuchtung der Arbeitsplätze zu übernehmen habe, ob die übertragene Person pflichtgemäß erfüllt werden. Das die Prozedur anlangt, ist im Einklang mit dem, was die Richter in der Fräse des 22. Dezember 1902 kurz nach 7 Uhr, als sie ein Strafmaß von 6 Monaten in den ersten Sitz des Strafgerichtes tragen wollten, auf der Treppe vom dritten zum zweiten Stock gefallen ist und sich an der Hüfte verletzt hat. Das Urteilstage wird auf die von dem Rechtsanwalt an diesem Tage unterzeichnete Treppenschriftung zurückgeführt. Infolge des durch den

Unfall eingetretenen völligen Verlust der Erwerbsfähigkeit erhält die Klägerin von der Textil-Feruzgesellschaft die fahrungsgemäße Vollrente, machte gegen die beklagte Firma jedoch Ersatz bei weitergehenden Schäden geltend. Das Landgericht wies die Klage ab, das Kammergericht zu Berlin erklärte die Ansprüche der Klägerin dem Grunde nach für gerechtfertigt. Dieser Urteil wurde, wie die „Leipziger Monatschrift für Textilindustrie“ berichtet, vom Reichsgericht aufgehoben, weil das Kammergericht nicht geprüft hatte, ob die Klägerin ein Mitverschulden treffe. In erneuter Verhandlung verneinte das Kammergericht ein Verschulden der beklagten Firma und wies die Klage ab. Es sieht als erwiesen an, daß die beklagte den Entlastungsbeweis nach § 831 B. G. B. für den mit der Beleuchtung der Treppe beauftragten Werkmeister geführt habe. Wenn sie aber bei dessen Auswahl die im Verlehe erforderliche Sorgfalt angewandt habe, so habe sie ihn nicht eher zu kontrollieren brauchen, als ihr irgendwelche Fahrlässigkeiten des Werkmeisters bei dieser Verichtung zu Ohren gekommen seien.

Dieser Auffassung tritt das Reichsgericht auf Grund erneuter Revisionsverhandlung entgegen. Es führt aus, daß auch dann, wenn der Angestellte sorgfältig ausgewählt sei, der Geschäftsherr sich über die Ausbildung und Fertigkeit der Arbeiter seitens der bestimmten Person vergewissern müsse, da der Angestellte, der das Auge des Herrn nicht über sich weiß, in seinen Verrichtungen, besonders wenn es sich um solche alltäglicher und niedriger Art handle, leicht zu werden pflege. Die Klägerin wurde aber trotz dem unter Zurückweisung der Revision abgewiesen, weil das Kammergericht im weiteren feststellte, daß ein Teilhaber der beklagten öfters frühmorgens die Treppe passiert habe, wobei er auch nach der Beleuchtung gesehen habe. Es sei die Säumigkeit des Werkmeisters also eine ganz vereinzelte gewesen.

Briefkasten.

Anfrage bezgl. Arbeitslosen-Unterstützung. Die Unterstüfung wird in Fällen und ersuchuldeten Arbeitslosigkeit gewährt. In dem von Ihnen angezogenen Falle steht dem Mitgliede also keine Unterstüfung zu. Aber warum die Frage? Wenden Sie sich doch an den Ortsgruppenvorstand, wenn Sie Beschwerde haben.

Veranstaltungskalender.

- Mhaus. 7. Nov., 11 1/2 Uhr, bei Wilhelm Durbaum.
- Vorhoff. 7. Nov., 11 Uhr, bei Zimping.
- Dahlhausen (Wupper). 7. Nov., 2 Uhr, bei Gust. Meyer.
- Süßfeldorf. 7. Nov., 11 Uhr, im Paulshaus.
- Gronau i. Westf. 7. Nov., 1/2 12 Uhr, bei Vorlinghaus.
- Kretzenf. 7. Nov., 8 Uhr, bei Fr. Lieberg.
- Krefeld-Bochum. 7. Nov., 1/2 11 Uhr, bei Heinrich Wanders, „Im Stern“.
- Neuenkirchen. 7. Nov., 11 1/2 Uhr, bei Emil Jörling, Betriebsmännerversammlung.
- Neustadt a. S. 9. Nov., 8 Uhr, bei Kögler.

Bilanz

der Konsum- und Produktiv-Gewerkschaft „Selbsthilfe“, e. G. m. b. H. in Martisch.

Aktiva.	Passiva.		
Debitoren 2%	2871,94	Geschäftsanteile	3181,35
Kassenbestand	2254,90	Reservefonds	1278,14
Rechnungsbilanz	660,52	Kreditoren	1920,03
Warenbestand nach Faktura	2605,55	Reingewinn	2163,39
Inventar 10%	150,-		
	Mt. 8542,91		Mt. 8542,91

Zahl der Genossen am 30. September 1908 138
Im Laufe des Jahres neu eingetreten 13
zusammen 151

Ausgetreten 13
Zahl der Genossen am 30. September 1909 148
Geschäftsanteile 148
Gesamtsumme 5920 Mt.

Martisch, den 17. Oktober 1909.
Der Vorstand. Der Aufsichtsrat:
G. Andre, Vorsitzender. J. B. Eug. Petermann.
A. Dittke, Schriftführer.
Joh. Werner, Kassierer. (Mt. 5.40)

Hierbei. Gewerkschafts-Konsum-Verein „Eintracht“, e. G. m. b. H. Sonntag, den 14. Nov. 1909, abends 6 Uhr, im Hofe von Wilh. Feutgens, Lindenstr., außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Geschäftsbericht, 2) Umänderung der Statuten: Paragraph 1, 2, 7, 8, 10, 32 und 33. 3) Einbringung von Anträgen. Anträge müssen bis zum 11. Nov. beim Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn J. A. Köhnen, hier, Petersstr., eingereicht werden. Hierzu sind sämtliche Mitglieder nebst ihren Frauen dringend eingeladen. Der Aufsichtsrat: (Mt. 2.40) J. A. Köhnen, Vorsitzender.

Literarisches.

Jahrbuch des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine. Siebenter Jahrgang. Herausgegeben von dem Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, Heinrich Kaufmann. Preis des zweibändigen Wertes 10 Mt. Verlagsanstalt des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Co., Hamburg I, Fehlbinderhof 52. Der erste Band enthält als ersten Hauptteil die Berichte des Generalsekretärs über die Entwicklung des Verbandes im Jahre 1908, enthaltend die Tätigkeit des Vorstandes in genanntem Jahre; dann Aufsätze über Theorie des Genossenschaftswesens, über genossenschaftliche Kämpfe, über Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, über die Genossenschaftsbewegung des Auslandes, über den internationalen Genossenschaftsbund u. a. m. Der zweite Hauptteil enthält den stenographischen Bericht über die Verhandlungen des Genossenschaftstages und über die damit in Verbindung stehenden Tagungen. Der erste Band bringt alles, was sich auf den Zentralverband und die ihm direkt angehörenden Institutionen und auf die Großeinheits-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine bezieht. Der Band enthält ferner einen umfangreichen „Anhang“ und zahlreiche Statistiken und Tabellen. Der zweite Band enthält die Berichte über die Entwicklung der sieben Revisionsverbände und ferner die Berichte über die sieben Revisionsverbände. Das Jahrbuch enthält eine Fülle Material auf dem Gebiete der Konsumgenossenschaftsbewegung. Ein Genossenschaftler wird das Buch mit Interesse und großem Nutzen lesen. Es ist ein Nachschlagewerk, in dem man über fast alle Fragen des Genossenschaftswesens Aufklärung findet.